



Gegen den Ausbau von fossiler Infrastruktur

Brienz in Graubünden muss aufgrund des auftauenden Permafrosts evakuiert werden, das Tessin trocknet bereits im Frühling aus, die Lebensmittelpreise drohen aufgrund der Dürren in Italien und Spanien noch weiter zu steigen. Gleichzeitig steigen auch die globalen Treibhausgas-Emissionen weiter an und die Schweiz verfehlt ihr bereits viel zu tief angesetztes Reduktionsziel für 2021. Wenn auch die Produktion erneuerbarer Energien in Europa seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine einen grossen Schub erfährt, erlebt auch die fossile Industrie weltweit einen Boom. Fracking ist wieder profitabel, in den USA, den Philippinen und zahlreichen anderen Ländern werden Flüssiggasterminals gebaut und auf dem ganzen afrikanischen Kontinent werden neue Öl- und Gasquellen erschlossen.

Keine fossile Stromproduktion

Auch die Schweiz bleibt von dieser fossilen Welle nicht verschont: Bereits vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs plante der Bundesrat, bis 2026 mehrere Spitzenlast-Gaskraftwerke bauen zu lassen. Dieser Entscheid wurde stark durch die fossile Lobby seit den gescheiterten Verhandlungen zum EU-Rahmenabkommen und dem abgelehnten CO₂-Gesetz beeinflusst. Mit dem Vorwand einer drohenden Strommangellage durch die gedrosselten Gaslieferungen aus Russland erliess der Bundesrat gestützt auf das Landesversorgungsgesetz (LVG) mehrere Verordnungen für den Bau und Betrieb von fossilen Kraftwerken und Notstromaggregaten, welche ebenfalls mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Der Bundesrat priorisierte die fossile Infrastruktur und will nun eine Reservekapazität von bis zu 1000 MW ausbauen. Gemäss einer Umfrage von Tamedia sprachen sich nur neun Prozent der befragten Wähler:innen für diese Massnahmen aus¹. Auch auf der Strasse gibt es grossen Widerstand gegen den Bau und Betrieb von fossilen Kraftwerken.

Bislang hat der Bundesrat Verträge mit drei Kraftwerksbetreibern in Birr, Cornaux und Monthey, deren Anlagen über eine Kapazität von insgesamt 336 MW² verfügen. Ausserdem wurde ein Pool aus Notstromaggregaten und eine Winterwasserreserve gebildet. Diese Massnahmen haben den Bund bislang weit über eine halbe Milliarde Franken gekostet.

Allein das Kraftwerk in Birr stösst dabei im Betrieb gleich viele CO₂-Emissionen aus wie die Anzahl Einwohner:innen der Stadt Zürich im gleichen Zeitraum. Ausserdem mussten die Lärmverordnung, Luftreinhalteverordnung und kantonales Recht ausser Kraft gesetzt werden. Ein formaler Bewilligungsprozess fand nicht statt. Die Leidtragenden sind die Kinder der in wenigen Dutzend Meter entfernten Schule und das angegliederte Quartier, das zu einem substanziellen Teil von Personen mit Migrationsgeschichte bewohnt wird, die nur ungenügend über die Baupläne des Kraftwerks informiert wurden. Aktuell wehren sich Anwohner:innen mit der Unterstützung der Klimabewegung gegen den Betrieb der Kraftwerke vor dem Bundesverwaltungsgericht.

¹https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/20220826_Bericht_Wahlumfrage_2.Welle.pdf

² <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/medien/medienmitteilungen.msg-id-93194.html>

Eine kürzlich publizierte Studie der ZHAW³ kommt zum Schluss, dass es keine fossilen Kraftwerke braucht. Stattdessen müsse der Ausbau der Erneuerbaren rasch erfolgen und eine genügend grosse Wassermenge in den Speicherkraftwerken im Winter zurückgehalten werden. Die Pläne des Bundes sehen nämlich vor, dass die Öl- und Gaskraftwerke in Antizipation einer Mangellage die Wasserkraftwerke entlasten und bereits mehrere Wochen zuvor in Betrieb genommen werden. Wind- und Solarkraft können jedoch diese Aufgabe genauso gut übernehmen, wenn sie nur schnell genug und strategisch gebaut werden.

Bundesrat Rösli hat angekündigt, im Sommer 2023 Bauprojekte für weitere Öl- und Gaskraftwerke auszuschreiben. Die fossile Lobby spielt dabei mit dem Gedanken, die Kraftwerke nicht nur in Ausnahmesituationen zu betreiben. Zwar hat der Bund auch eine Sparkampagne lanciert. Deren Wirkung war aber aufgrund des freiwilligen Charakters praktisch nichtig. Allgemein wird die bestehende Stromnachfrage als gegeben vorausgesetzt und die gesellschaftliche Notwendigkeit der verbrauchten Strommenge gar nicht in Frage gestellt. Das Einsparpotenzial ist aber in vielen Bereichen hoch und lässt sich häufig viel rascher umsetzen als der Zubau von neuer Infrastruktur.

Keine Flüssiggasterminals und Gasspeicher

Die fossile Welle macht bei der Stromproduktion nicht Halt. Der Gasverbund Mittelland (GVM) plant, in Schweizerhalle ein Flüssiggasterminal und einen Gasspeicher zu bauen. Die Regio Energie Solothurn hat in Zuchwil bereits ein Flüssiggasterminal in Betrieb genommen. Jenes Terminal in Basel sollte längerfristig auch über den Rhein beliefert werden. Erdgas und insbesondere Flüssiggas stammen häufig aus dem sogenannten Globalen Süden, darunter nicht zuletzt auch häufig aus Gebieten, die von indigenen Personen bewohnt werden. Weiter profitieren häufig diktatorische Regimes von diesen fossilen Förderprojekten. Auch gegen die Projekte in der Schweiz regt sich breiter Widerstand. Der GVM befindet sich zu hundert Prozent in öffentlicher Hand. Die beteiligten Gemeinden bzw. Lokalversorger können deshalb diese Projekte stoppen.

Keine fossile Infrastruktur

Im letzten Jahr warnte die Internationale Energieagentur (IEA) vor geplanten fossilen Infrastrukturprojekten. Zur Einhaltung des Pariser Abkommens, respektive der 1.5-Grad-Grenze, dürfe keine neue fossile Infrastruktur mehr gebaut werden. Auch der Weltklimarat warnte in seinem neuesten Bericht vor sogenannten Lock-In-Effekten. Wenn grosse Investitionen in fossile Infrastrukturen getätigt werden, besteht ein Anreiz, diese Infrastrukturen auch zu nutzen, um die Investitionen wieder zu amortisieren. Die Schweiz würde sich dabei über weitere Jahrzehnte abhängig von menschenrechtsfeindlichen Regimes und klimazerstörenden Energieträgern machen. Dieser Ausbau verhindert gleichzeitig eine rasche und konsequente Energiewende. Bereits jetzt wurden für die neuen Gas- und Ölkraftwerke mehrere hundert Millionen Franken ausgegeben, die auch in den Ausbau von Erneuerbaren oder die Ausbildung von Fachkräften hätten fließen können.

Die SP Schweiz ergreift Partei für einen sozial gerechten Klimaschutz. Dies bedeutet auch, dass die Schweiz alles daransetzen muss, ihre Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich zu senken, um ihren Beitrag an eine klimagerechte Wende zu leisten. Klar ist, dass der Ausbau und Erhalt von fossiler Infrastruktur nicht mit diesen Ambitionen zu vereinbaren sind.

³<https://www.zhaw.ch/de/medien/medienmitteilungen/detailansicht-medienmitteilung/event-news/es-geht-auch-ohne-gaskraftwerke/>

Die SP setzt sich deshalb...

- ... auf allen Ebenen gegen den Bau und Betrieb von fossiler Infrastruktur ein. Diese umfasst insbesondere Öl- und Gaskraftwerke, Flüssiggasterminals und Gasspeicher.
- ... für eine gesetzlich festgelegte Winterreserve ein und sorgt dafür, dass die anfallenden Kosten nicht zu Lasten der Privathaushalte ausfallen.
- ... für verbindliche Stromeinsparungen ein, welche auf sozial gerechte Weise umgesetzt werden.
- ... für schnelle, strategisch geplante Zubauten an erneuerbaren Energien ein, um zeitnah zusätzliche Stromproduktionskapazitäten zu schaffen.